

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 2mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretern monatl. 1.70 M., viertelj. 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., viertelj. 5.25 M. ohne Befreiung. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Altfeldstr. 11, Fernruf Nr. 3315, 3316, 3317. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 42 mm breite Kolonelle 203, die 90 mm breite Beilagenzeile 250 M.; außerhalb: 203 bezw. 250. — Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 M pro 1000.

Nummer 94

Mittwoch, 25. Februar 1920.

74. Jahrgang

Rectificatif.

La nouvelle instruction sur le ravitaillement des civils privilégiés, parue dans le numéro du 20. Février 1920 entrera en vigueur à la date du 1. Avril au lieu du 1. Mars.

Le chef d'escadrons Délégué de la H. C. I. T. R. dans le cercle de Wiesbaden-Ville. signé: TOUSSAN.

Peinliche Debatten in London.

Paris, 24. Febr. Der Auslandspolitiker des „Matin“, Sauerwein, der wiederum den Ministerpräsidenten Millerand nach London begleitete, telegraphiert seinem Blatt, es sei in London kein Geheimnis für irgend jemand, daß die Debatten des Wiedergutmachungsausschusses in den letzten Tagen sehr peinlich waren. Mit Ausnahme der belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senators Jonnart gegen die Schritte, die die französische Regierung in Berlin hinsichtlich der Besetzungsforderungen für die Rheinlande unternahm, protestiert. Sauerwein fügte hinzu, man habe ihm gesagt, Senator Jonnart hätte die Opposition nicht überzogen können. Sein Nachfolger Poincaré finde eine sehr schwierige Lage vor.

Die Revision gesichert?

Berlin, 24. Febr.

„Eclair“ bestätigt, daß eine Revision des Friedensvertrages stattfinden werde, und zwar zunächst der Besetzten.

Rotterdam, 24. Febr.

Nach einer Neutermeldung erklärte Lord Cotnam im englischen Unterhaus, er halte so lange jede Diskussion über eine Revision des Vertrages von Versailles für unangebracht, als dessen Umbearbeitbarkeit nicht unbedingt erwiesen sei. Nach einer zweiten Neutermeldung hat das englische Kabinett in seiner letzten Sitzung keine Veranlassung gefunden, Streichungen auf der englischen Liste der deutschen Beschuldigten vorzunehmen.

Cersners Nachfolger.

Genf, 24. Febr. Der „Matin“ und andere Pariser Blätter melden, daß der Geh. Legationsrat Dr. Göppert als Nachfolger des Herrn v. Cersner zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ernannt worden sei. Göppert, der im Auswärtigen Amt arbeitete, hatte schon gemeinsam mit Geheimrat v. Simson in Paris die Verhandlungen über die Scapa-Flow-Angelegenheit geführt.

Aus dem Saargebiet.

Paris, 24. Febr. (Havas.) Die Mittagsblätter schreiben, daß man in Deutschland der Meinung sei, daß das augenblickliche Geldsystem in Saarbrücken eine Aenderung erfahren werde und daß sogar schon mit einer Ausarbeitung über diesen Plan begonnen worden sei. Sollte das heutige System im Saarbecken zum Verschwinden gebracht werden, so blieben zur Lösung dieser Frage zwei Wege offen: entweder man schafft ein für das Saargebiet Gültigkeit habendes Geld, oder man führt französische Währung ein. Der Vizepräsident des Direktorenrates der Reichsbank, v. Glasenapp, bekämpft beide Vorschläge und erklärt sich für die Beibehaltung des alten Systems. Auf die von ihm gegebenen Erklärungen, die durch die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht werden, antworten die Pariser Mittagsblätter: Die Verteidigung entfahre nicht der Geduldlosigkeit. Auf jeden Fall setze sie, welche Wirksamkeit man in Deutschland, insbesondere in industriellen und finanziellen Kreisen, der Saarfrage beilege. Doch sei es wenig wahrscheinlich, daß sich die neue internationale Saarverwaltung weder von den Argumenten Glasenapps noch von irgend aus anderen Quellen stammenden Einwänden beeinflussen lasse. Da durch den Umlauf französischen und deutschen Geldes im Saarbecken die finanzielle Lage als höchst ungleich zu bezeichnen sei, tue eine baldige Aenderung not und die Trennung der Münzsysteme werde bald eintreten.

Die Abnahme der Schulkinder in Wien.

Wien, 21. Febr. Der städtische Hauptauschuss für gesundheitliche Jugendpflege und Jugendfürsorge veröffentlicht eine Statistik über die Abnahme der Zahl der Schulkinder. In den vier ersten Volksschulklassen des Jahres 1910 gab es 56 000 Kinder, 1919 nur noch 35 163 Kinder, 1920 dürften nur noch 23 000, im Jahre 1924 nur 13 000 Kinder in die unterste Klasse eintreten. Im Oktober 1910 gab es in den Volks- und Bürgerschulen 242 356 Schüler; im laufenden Jahre gibt es 195 748. Im Jahre 1924 werden es nur noch 146 000 sein. Vom 1. Oktober bis 15. Dezember 1919 fanden in Wien 6430 Todesfälle 5588 Lebendgeburtten gegenüber.

Das Wiener Blatt „Der Morgen“, dem wir diese auch die deutschen Verhältnisse kennzeichnenden Angaben entnehmen, bemerkt dazu: Diese Zahlen beweisen, daß wir vom guten Herzen privater Wohltäter nicht einmal unsere Kinder am Leben erhalten können. Es kann nicht besser werden, solange sich draußen in der Welt das Gewissen gegen uns mit Almosen erleichtert. Man verschaffe uns den nötigen Kredit, um vor allem die Nothstoffe einzukaufen. Wir verlangen von den Schöpfern des Friedensvertrages von St. Germain, daß sie uns gegenüber ihre Pflicht tun.

Erzberger.

Auf eigenen Antrag vom Amt suspendiert.

Berlin, 24. Febr. Nach der Bekanntgabe der Stenogramme des Reichsfinanzministers Erzberger hat dieser unverbündlich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und seinerseits auf jede materielle Antwort in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen könnte. Gleichzeitig hat er den Reichspräsidenten gebeten, ihn während dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Druckes auf das Finanzamt entstehen sei. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit unklarer Beschleunigung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Staatssekretär Bölle beauftragt worden.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ will erfahren haben, daß sich gestern die demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung mit der Angelegenheit Erzbergers befaßt habe.

Saaa, 24. Febr.

In London traf gestern über Kopenhagen die Nachricht von einem beabsichtigten Rücktritt Erzbergers aus „Gesundheitsrücksichten“ ein.

Ein neues Attentat auf das Wirtschaftsleben.

Umlaufende Gerüchte über eine weitere, ganz unerhörte Verteuerung der Postgebühren finden Bestätigung durch Ausführungen des Reichspostministers Gieseler in einer Versammlung des Gewerkevereins deutscher Bergarbeiter in Essen. Er erwähnte eine in Aussicht stehende ganz erhebliche Verteuerung der Postgebühren. Danach soll u. a. das einfache Porto für Briefe auf 40 und 50 Pfg. erhöht werden. Die übrigen Gebühren für Druckladen und dergleichen sollen jedenfalls entsprechend festgesetzt werden.

Diese Pläne sind ein neues Attentat auf unser Wirtschaftsleben, das die Nationalversammlung verhindern muß. Wenn irgend jemand, dann sind die Staatsbehörden berufen, den Kreislauf der sinnlosen Preis-erhöhungen zu unterbrechen. Gieseler dies nicht, dann nähern wir uns dem Zeitpunkt, da die Wirtschaftsmaschine stillstehen muß. Eine Regierung, die das nicht sieht und danach handelt, und die einfach wie die Heringsfischer oder der Lederhändler das Rennen um die höchsten Preise mitmacht, hat ihre Existenzberechtigung verloren.

Das Eheverbot für Lehrerinnen und Beamtinnen.

Berlin, 23. Febr.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rodt (U. Soz.) ergab folgende Antwort des Kultusministers Hänisch:

Diese Frage steht im Zusammenhang mit der Reichsverfassung. Zum Zweck einer gleichmäßigen Regelung im ganzen Reichsgebiet hat deshalb der Reichschulausschuss diese Frage zur Erörterung auf die Tagesordnung am 24. Februar gesetzt. Eine einseitige Regelung durch eines der Länder vor dieser Besprechung erscheint darum nicht zweckmäßig. Bis zur endgültigen Regelung der Frage habe ich Vorsorge getroffen, daß die bis dahin festangestellten Lehrerinnen noch ihrer Verheiratung aus freier Willens weiter beschäftigt werden können.

Inzwischen liegt dem Hause auch eine alschwergeprüfte förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei (Frau Böhlmann und Frau Garnich) vor, was die Regierung zu tun gedenke, um dieselben, voraussichtlich nicht zahlreichen Beamtinnen, die den Beruf der Beamtin mit dem der Hausfrau und Mutter zu vereinbaren sich zutrauen, in diesem ihrem persönlichen Rechte zu schützen.

Arbeitsplan der preuß. Landesversammlung.

mx. Berlin, 24. Febr. Der Reichsrat der preussischen Landesversammlung beschloß, daß das Plenum mindestens bis zum Dienstag der kommenden Woche weiterarbeiten solle. An Beratungsgegenständen fehlt es nicht, doch liegen größere wichtigere Entwürfe nicht vor. Die Tagesordnung der nächsten Zeit wird hauptsächlich Anträge und kleinere Vorlagen enthalten.

Wilson's Adrianote.

Amsterdam 24. Febr. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet, daß die Antwort Wilsons auf die Note der Alliierten gestern abgefaßt worden sei. Wilson verwerfe darin das Komprimis vom 20. Jan. und beharre auf seinem Standpunkt, daß das Memorandum vom 9. Dez. als endgültige Regelung anzusehen sei.

Unruhen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 24. Febr. Heute nachmittag nach Fabrikschluß fand hier eine große Demonstration der Arbeiter gegen die besetzende Lebensmittelknappheit statt. Bei weiterer schlechter Lebensmittelversorgung wollen die Arbeiter in den Streik eintreten. Der Mob benützte die Gelegenheit und stürzte zahlreiche Lebensmittel-, Schuhwaren- und andere Geschäfte und plünderte die Läden völlig aus. Französische Gendarmen mußte einschreiten und nahezu zahlreiche Verhaftungen vor. Abends 7 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

mx. Ludwigshafen 25. Febr. (Privattelegr.) Im Verlauf der Demonstrationen, die gestern nachmittag vor dem Rathaus und auf dem Markt stattfanden, wurde der Oberbürgermeister tödlich bedroht. Die Schaufenster einer Anzahl Läden wurden zertrümmert und die Läden geplündert. Eine Anzahl Personen die an den Plünderungen beteiligt waren, wurden verhaftet.

Ludwigshafen, 24. Febr. Ueber die achtstündige Streikdemonstration und Kundgebung gegen die Lebensmittelknappheit, die schließlich zur Plünderung von mehreren Kaufläden in der Stadt führte, wird noch gemeldet: Die Menge marschierte in einem endlosen Haufe, bestehend aus tausenden von Arbeitern, die kleine Täfelchen mit der Aufschrift „Lebensmittelmarche! Weib und Brot! Weib und Kartoffeln!“ trugen, nach dem Ludwigshafen, wo verschiedene Reden gehalten und vom Magistrat verlesen wurde, daß er sofort Lebensmittel, aber besonders Kartoffeln, herbeiführen lasse. Eine Abordnung eruchte den Oberbürgermeister, persönlich nach dem Ludwigshafen zu kommen, um den Massen eine befriedigende Antwort zu geben. Der Oberbürgermeister kam auch der Bitte nach und hielt an die Massen eine Ansprache, in der er versprochen, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß noch im Laufe dieser Woche Kartoffeln an die Stadt geliefert würden. Die Ansprache schenkte aber die Massen nicht befriedigt zu haben, denn es wurden verschiedene Drohungen und Verwünschungen gegen ihn laut, sodas er zum Schluß angewiesen war, sich in Sicherheit zu bringen. Während auf dem Wege noch Reden gehalten wurden, zog eine größere Gruppe vor verschlossene größere Kaufläden in der Dagerheimer und Bismarckstraße, klagte die großen Schaufensterherbe ein und zertrümmerte alles, was ihr in den Weg kam: Lebensmittel, Triktotaen, Spielwaren, Süße, Schuhe und anderes. Werte von mehreren hunderttausend Mark wurden geplündert und an die Menge verteilt. Erst nachdem die französische Gendarmen einschritt, hörten die Plünderungen auf. Verstets noch auch Verhaftungen vor. Im Laufe des Abends wurde die Ruhe nicht gestört.

Annahme der bayrischen Kanalvorlage.

DZ. München, 24. Febr.

Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung die Kanalvorlage an, ferner das Torfwirtschaftsgesetz, das die Enteignung von Torfgrundstücken zur härteren Torfgewinnung vorsieht.

Der Vetter mit dem Revolver.

Ein Dorten in Köln verhaftet.

mx. Berlin, 24. Febr.

Nach einer Zeitungsmeldung ist der Beiter Dr. Dortsch, der zweiundzwanzigjährige Heinrich Dorten, von der Kölner Polizei am Dienstag verhaftet worden. Bei der Festnahme gab er vier Schüsse auf den ihn verhaftenden Beamten ab, ohne jedoch zu treffen, jedoch verletzte er einen Fuhrmann durch einen Schuß in den Unterleib. Die Polizei konnte ihn nur mit Mühe der Volksjustiz entziehen.

Kein Zigarettenmonopol.

mx. Berlin, 24. Febr. Der „B. Z.“ wird vor unterrichteter Seite aus der Zigarettenbranche mitgeteilt, daß die Nachrichten über ein bevorstehendes Zigarettenmonopol des Reiches nicht zutreffen.

Venizelos Einfluß im Schwinden.

Aus Athen melden die Blätter: Bei der Besprechung einer Interpellation in der griechischen Kammer hat Venizelos zur Verteidigung seiner Politik auszuführen, daß er sich natürlich der Parlementsmehrheit anschließen müsse, wenn diese den früheren König Konstantin zurückwünsche. Er, Venizelos, habe versucht, seine Politik nach den Forderungen der griechischen Volks einzurichten. Bei diesen Worten entfielen scharfe Widersprüche und Zurufe in der Kammer, worauf Venizelos weiter erklärte, daß er an dem Tage, wo das Volk ihn nicht mehr folgen werde, aus der Stimmung des Parlaments und den Kommentaren der Presse in die zunehmende Propaganda der monarchistischen Partei zu bemerken, welche die Politik Venizelos' in der letzten Zeit scharf bekämpft, da die Monarchisten auf die Unterstützung Italiens rechnen, mit dem es Venizelos gänzlich verbunden hat.

Stadtnachrichten.

Wiesbad n. 25. Februar.

Endlich direkte Verständigung zwisch en Stadt und Land in der Ernährungsfrage.

Man schreibt uns:

Endlich, wenn auch rechtlich spät, sind die Verbraucherkreise, insbesondere die großen Städte, an der Erkenntnis gekommen, daß sie andere Wege als bisher einschlagen müssen, um ihren notwendigen Nahrungsbedarf zu decken. So gibt kürzlich eine Notiz durch die Tagesblätter, wonach zwischen Vertretern der Landwirtschaft und Vertretern der Deutschen Städtevereine Verhandlungen stattgefunden haben über die Gestaltung der Ernährungswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 und wonach insbesondere der Abschluß von Verträgen zwischen Erzeugergemeinschaften und Städten zur Deckung des notwendigen Bedarfs an Lebensmitteln ins Auge gefaßt wurde. Auch die Stadt Wiesbaden hat diese Notwendigkeit erkannt. In der Generalversammlung der Kreisbauernschaft des Landkreises Wiesbaden sowie in der letzten Vertreterversammlung der Kreisbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlar waren Vertreter der Stadt Wiesbaden anwesend, um bereits bestehende Vereinbarungen mit den Landwirten über die Kartoffelversorgung für den nächsten Herbst zu treffen. In diesen Bauernversammlungen legte Bürgermeister Travers dar, daß die Stadt dringend darauf angewiesen sei, daß mehr Kartoffeln angebaut würden, und erklärte, daß die Stadt bereit sei, den Landwirten ausreichende Preise zu bezahlen; außerdem vermute die Stadtverwaltung mit allen Mitteln, künstlichen Dünger und Pflanzkartoffeln zu beschaffen, doch sei die Aussicht, beides zu bekommen, vorläufig noch nicht sehr groß. Beschäftigt der Preise in den jetzt festgesetzten Mindestpreisen im Herbst Zuschläge kommen, entsprechend der Steigerung der Produktionskosten. Kurz vor der Ernte soll durch eine Kommission, die aus Verbrauchern und Erzeugern zusammengesetzt ist, der endgültige Preis festgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde von den Landwirten aus warmem Beizug. Allgemein war man der Überzeugung, daß nur auf diesem Wege die Versorgung der Städte mit Kartoffeln sichergestellt werden könne. Es wurde seitens der Landwirte lebhaft bedauert, daß die Städte erst jetzt den Weg zu den Bauern gefunden haben, und daß sie nicht schon viel früher in direkte Unterhandlungen mit ihnen eingetreten sind. Es hätte dadurch bereits im vorangehenden Jahre der starke Mangel an Kartoffeln vermieden werden können.

Wie wichtig es ist, daß die Städte bereits jetzt mit den Landwirten direkte Verhandlungen pflegen und ausschließlich mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft zeigen, beweist die Tatsache, daß Vertreter von Futtermittelabriken bei den Landwirten große Propaganda machen, um sie zum Anbau von Futtermitteln, für die sie recht lohnende Preise in Aussicht stellen, zu bewegen. Selbstverständlich sind sich die Landwirte bewußt, daß nur durch vermehrten Kartoffelanbau die größte Not von den häßlichen Vorkäufen ferngehalten werden kann, und sie sind bereit, in dieser Beziehung ihr Bestes zu tun. Andererseits müssen sie aber auch verlangen, daß ihnen solche Preise bezahlt werden, die den Produktionskosten entsprechen und die es ihnen ermöglichen, ihren Betrieb noch rentabel zu gestalten. Es bleibt ihnen sonst nichts anderes übrig, als zur ersten reinen Bewirtschaftung überzugehen, und das würde den vollständigen Ruin unseres Volkes bedeuten.

Der hier eingeschlagene Weg ist durchaus geeignet, zu einem erquicklichen Ziele zu führen und die ganze Ernährungsfrage auf eine, auskömmlichere Bahnen zu lenken.

Er bietet die Möglichkeit, endlich aus dem fürchterlichen Ernährungsnotstand herauszukommen. An den Landwirten soll es nicht liegen; sie erwarten gerne die dargebotene Hand!

Dem Landesauschuss des Bezirksverbandes des Kreisbauernvereins Wiesbaden sollen durch ein Not-Gesetz, das der Landesversammlung in Berlin zugegangen ist, bis zum Zusammentritt des neu gewählten Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden die Befugnisse des liberalen Kommunallandtags rechtswirksam übertragen werden, mit der Maßgabe, daß die Wahl der Mitglieder des Landesauschusses um sechs erhöht wird. Dieser verstärkte Landesauschuss, der ein provisorischer Kommunallandtag genannt werden soll, soll vor allem die finanziellen Angelegenheiten des Bezirksverbandes regeln, sowie die Wahl von zwei Vorständen vornehmen. Die Wahl des Landespräsidenten, die durch den Richter des Landesobertribunals Krefel vorgenommen ist, kann dieser provisorische Kommunallandtag, wie aus von informierter Seite mitgeteilt wird, nicht vornehmen. Die Wahl bleibt dem kommenden neu gewählten Kommunallandtag vorbehalten. Wenn dieser, nachdem die Neuwahlen vorgenommen, einberufen werden wird, kann heute keine Wahl stattfinden. Infolgedessen wird Landespräsident Krefel weiter auf seinem Posten beharren, aber aber, wenn er nach Ablauf des jetzigen Rechnungsjahres doch zurücktreten will, wird der Stellvertreter des Landespräsidenten, Landesrat Propoying, die Geschäfte führen.

Die Vorlesung Hans Oldens im kleinen Konzertsaal des Kurhauses hatte am Dienstag abend nur eine spärliche Zuhörerschaft angelockt, die der Wiedergabe der „Höllenscher“ durch den Verfasser mit Aufmerksamkeit folgte. Sein poetischer Vortrag, der den Gang der einfachen, im Unterhaltungsstil geführten Schillerdichtung aus der Verlime Gesellschaft oft allzu sinnfällig durch dramatisches Hervorheben von Einzelvorgängen unterbroch, vermochte nicht ganz die ungenügenden ästhetischen Verhältnisse des leeren Raumes zu überwinden. Einen besonderen literarischen oder künstlerischen Wert konnten wir der Veranstaltung nicht abgewinnen.

Sonderzüge zur Leipziger Messe. Der gestern von uns veröffentlichte Sonderzug wurde aus ungenau übermittelten, die Züge am 26., 27., 28. Febr. und am 12. und 13. März fahren 10.11 Uhr abends, nicht vormittags in Frankfurt (Hauptbahnhof) ab und kommen 6.40 Uhr vormittags in Leipzig an. Außer diesen und den weiter angeführten Zügen verkehrt am 27. Febr. ab Frankfurt Süd ein Zug, der 12.45 Uhr nachmittags abgeht und 9.05 Uhr abends in Leipzig ist.

Vom Kochen. Wegen der alljährlich vorzunehmenden Reinigung und Wessung der Kochbrunnenquelle bleibt die Trinkhalle am Donnerstag, den 26. Febr., von mittags 1 Uhr ab geschlossen.

Hotelverkäufe. Das „Badeblatt“ meldet, daß auch das „Hotel Wilhelms“ für 1 1/2 Millionen Mark in französischen Besitz, das „Parkhotel“ für 3 Millionen in holländischen Besitz übergegangen ist. Ferner wird der „Post. Sig.“ von hier gemeldet, daß der „Wiesbadener Hof“ an einen Italiener und der „Vergnügungsbau“ für 6 Millionen Mark an ein ausländisches Konfession verkauft worden sei. Außerdem soll eine ganze Reihe von Wohn- und Geschäftshäusern an Ausländer verkauft worden sein, so an einen Spanier allein 10 Wohnhäuser.

Kurfans :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw. Beide Lichtensteinkonzerte abgesetzt. Die Konzertdirektion Heinz Dersch teilt mit, daß beide Lichtensteinkonzerte im Kasinoaal am Mittwoch und Freitag abgesetzt sind. Karten werden zurückgenommen.

Aus den Vororten.

Ein raffinierter Gaunerstreich wurde hier von einem Bediensteten ausgeführt. Ein Wagenschreiber verschob mit Hilfe eines jungen Kaufmannes zum Abtransport be-

reitstehende voll beladene Zementwaggons und verkaufte sie nach auswärts, wofür er die Waggons direkt abroffen ließ. Das Geld verblieben die Gauner in Wiesbadener Pökalen. Der Kaufmann wurde festgenommen. Sein Komplize ging flüchtig.

Erbenheim.

Fc. Goldene Hochzeit. Die Eheleute Maurermeister Wilhelm Schön begeben am 27. Februar das goldene Hochzeitsfest.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Fc. Georgenborn, 24. Febr. Schloßverkauf. Die schloßartige Bestung des Reichern von Kraußhof „Hohenbushau“ mit ausgedehntem Park bei Georgenborn ging in den Besitz eines ausländischen Konfession über.

Vermischtes.

Neue Petroleumfunde in der Provinz Hannover. Nachdem erst vor kurzem im Kreise Blodebe bei Bohringen Petrol gefunden wurde, hat man nunmehr auch in der Nähe von Amelunhausen auf einem Grundstück des Landwirts Noth in Soltorf in einer Tiefe von sechs bis acht Meter Petroleum gefunden. Das dort gefundene Petroleum wurde in Hannover untersucht. Diese Untersuchung soll sehr zufriedenstellend ausgefallen sein. Die Bohrungen sollen infolgedessen in verstärktem Maße fortgesetzt werden.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Neue Börsentabelle. Aus Berlin, 24. Februar wird gemeldet: In der zweiten Hälfte dieser Woche wird der Börsentablett in einer Sitzung zusammengetreten, um sich über die Einschränkungen des Börseverkehrs im Monat März schlüssig zu werden. Einsteigen liegen für weitere Börsentabelle die gleichen, vielfach bestrittenen Gründe der Überlastung des Personal, welche bisher die Aufhebung des Börseverkehrs an drei Tagen der Woche veranlassen, vor. Dagegen verschiedentlich noch eine Verhärtung der letzten Beschränkung bekräftigt wird, hofft man doch, im nächsten Monat weiter mit einem Ausfall von drei Börseversammlungen in jeder Woche auszukommen.

Ergänzung zum Berliner Kursbericht vom 23. Februar. Kolbeiner Zellulose 335.—, Zellstoff Waldhof 350.—

Pariser Börse.

| Paris, 23. Febr. | V. K. | L. K. | V. K. | L. K. |
|-------------------|--------|--------|-----------------|--------|
| 3proz. Rente | 57.50 | 58.10 | Banque Ottomane | 2230 |
| Italien | — | — | Rio Tinto | 2250 |
| Russ. Kons. I. H. | — | — | Chartered | — |
| Spanier | 199.10 | 207.50 | Debeers | 1437 |
| Türk. Anst. | 68.60 | 69.50 | Deutsche | 1460 |
| Türkische Loan | — | — | Goldminen | 113.— |
| Metropolitain | — | — | Randminen | 1235.— |

Börsen und Banken.

Deutsche Grundcredit-Bank zu Gotha. In der Aufsichtsrats-Sitzung der Deutschen Grundcredit-Bank zu Gotha wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1919 vorgelegt. Nach den üblichen Rückschlüssen verbleibt ein Reingewinn von M 2144 145.90 (i. V. v. M 2291 095.24). Aus diesem soll eine Dividende von wieder 9 Prozent in Vorschlag gebracht werden. Die ordentliche Generalversammlung wird am 19. März 1920 in Gotha stattfinden.

Weinbau.

Al. Verkauf von 1919er Vorher. Aus Pösch, 23. Februar wird uns gemeldet: Im freihändigen Geschäft hält die Nachfrage weiter an und führt fortgesetzt zu Aufkäufen. Auch größere Partien gehen jetzt in den Handel über. So hat dieser Tage die Gräflich von Walderdorff'sche Gutverwaltung darüber ihre gesamte 1919er Aresens, bestehend aus 18 Halbtüden, zum Preise von 40 000 M je Stück (1200 Liter) verkauft.

Hauptredaktion: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: R. G. Eilenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: Heinz Horrens; für die Anzeigen: Joh. Bahler; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags- und Anstalt G.m.b.H. sämtlich in Wiesbaden.

WEINKLAUSE

NONNENHOF G. m. b. H.

Kirchgasse 15, / Künstl. Leitung: Dir. Arno Blum. / Tel. 6072 u. 485

Vom 28. Februar bis 6. März 1920

Sensations-Gastspiel

Eduard Lichtenstein

Der beliebte und berühmte Operetten-Tenor.

Vorverkauf: Rhein. Theater- u. Konzertbüro Kaiser Friedrich-Platz 2, Tel. 2376.

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Günstige Gelegenheit zu Kauf und Miets von herrschaftl. Villen und Etagen weist nach J. Chr. Glücklich, Tel. 6655, Wilhelmstr. 56.

Suche Saison-Stellung als Zimmermädchen in Hotel oder groß. Pension. Bevorzugt Hotel. Angeb. zu richten an Maria Wiesner, Berlin W. 15, Umlandstr. 53.

Verkauf bildschöner Portretier (Händin), geeignet zur Sucht. Car. 1 Jahr alt, auf fuviert u. gut erzogen. Scharf auf Ungeziffer, wachsam und fröhlich. Heller Preis 400 Mark. vr. Nach. A. Schab, Arnstadt i. Th., Jägerstr. 6. (93357)

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.

Dreieckige und antike Möbel, Gemälde neu und alt, Perlen, Smaragd und and. Teppiche, Dekorationsgegenstände, Porzellan und Kristalle, Porzellan, Porz., Tischdecken, Bett- und Tischwäsche, Federbetten usw. kauft aus. hohen Preis E. Klapper, Friedrichstraße 53, Telefon 1627. (6729)

Tuberkulose-Bekämpfung! 125 000 M. Gewinne! Los 3.30 M. St. Georg Lotterie! 139 000 " " " 3.— " Kriegsgefangenen-Geldlose 1 M. H. " " " 5.30 " Brasil-Zigarren — Echtes Havana-Handarbeit — Schweizer Stumpfen — Tabak (von 2.50 Mk. an) — Brugère-Pfeifen (von 4.— Mk. an) — Ubersozzigarren von 30 Pig an

J. Stassen, nur Wellritzstrasse 7 (nahe der Schwalbacher Str.)

In unser Handelsregister B ist heute unter Nr. 14 folgendes eingetragen worden: Autiling u. Dambach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Montabaur. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Dampfseilerei, sowie die Errichtung von Wohn- und Industriebauwerken und die Ausführung anderer Bauunternehmungen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30 000 Mark. Geschäftsführer sind: 1. Bauunternehmer Josef Autiling, 2. Zimmermeister Josef Dambach, beide in Montabaur. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Februar 1920 abgeschlossen. Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Bei zwei Geschäftsführern ist jeder der Geschäftsführer berechtigt, allein die Firma zu vertreten. Seitdauer der Gesellschaft bis 31. Dezember 1929. Wird die Gesellschaft nicht mindestens ein halbes Jahr vor dem jeweiligen Ablauf von irgend einem Geschäftsführer, der mindestens 1/2 des ganzen Stammkapitals vertritt, gelündigt, so läuft sie stillschweigend jedesmal um 5 Jahre weiter. Als nicht eingetragen wird bekannt gemacht: Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Montabaur, den 18. Februar 1920. Das Amtsgericht. (677)

Am 1. März 1920, nachmittags 3 Uhr wird auf dem Rathaus in Wehrich das Wohnhaus mit Dachraum und Hinterhaus (Waldhaus) Frankfurter Straße 19 in Wehrich, 2 Ar 80 Quadratmeter. Eigentümer: Robert Döbe in Wehrich, zwangsweise versteigert. Wiesbaden, den 23. Februar 1920. Das Amtsgericht, Abteilung 9. (K.1000)

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.

[6163]

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.

Für ein allererstes Filmunternehmen

(Filmanst. u. Vertr. etc.) in Wiesbaden sind noch einige Anteile zu vergeben. Kapitalträchtige Interessenten belieben ihre Adresse unter H. 843 an die Geschäftsst. des Bl. Nikolastr. 11. zu richten.

In unser Handelsregister B Nr. 15 wurde heute bei der Firma: „Nilsen-Gesellschaft für die Gasbeleuchtung von Viebrich-Rosbach“ mit dem Sitz in Viebrich a. Rh. eingetragen, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. 12. 1919 die Satzung nach näherer Bestimmung des Beschlusses geändert ist, bezüglich des Gegenstandes des Unternehmens und der Firma — Artikel 1 und 2 —, der Ausgabe neuer Aktien — Art. 5 —, der Verwaltung der Angelegenheiten der Gesellschaft — Art. 8—15, der Generalversammlung — Art. 16—22 —, der Bestimmungen über die Bilanz und Dividende — Art. 24—26 — und der Bekanntmachungen — Art. 27 —. Zugleich ist die so abgeänderte Satzung in eine neue Fassung gebracht. Wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, erfolgt die Vertretung entweder durch zwei Mitglieder des Vorstandes oder durch ein Mitglied des Vorstandes und einen Prokuristen. Die Firma ist geändert in: Gaswerkverband Rheingau, Aktiengesellschaft. Gegenstand des Unternehmens ist foran die Erzeugung, der An- und Verkauf von Gas und anderen Leucht-, Heiz- und Kraftmitteln, der Betrieb, die Errichtung, Erwerbung, Fortführung und Verwaltung anderer hierzu geeigneter Werke und Anlagen, die Beteiligung an solchen Unternehmungen und die Ausführung aller den Zweck der Gesellschaft fördernden Geschäfte. Wiesbaden, den 17. Februar 1920. Das Amtsgericht, Abteilung 17. (K.1003)

In unser Handelsregister A wurde heute unter Nr. 1504 die Firma: „Wilhelm Fischer, Kohlenhandlung“ in Wiesbaden und als deren Inhaber der Kohlenhändler Wilhelm Fischer zu Viebrich eingetragen. Wiesbaden, den 20. Februar 1920. Das Amtsgericht, Abteilung 17. (K.1008)

Besuchen Sie

SIMPLICISSIMUS

Künstlerspiele.